

**Der Vorsitzende des Ausschusses für
Familie, Soziales, Integration und
Kultur**



An die Mitglieder des Ausschusses für
Familie, Soziales, Integration und Kultur
den Herrn Stadtverordnetenvorsteher
und seine Stellvertreter
die Vertreterin des Ausländerbeirates
den Vertreter des Seniorenbeirates
die Mitglieder des Magistrates

Schriftführer: Herr Wade
Telefon: 06074 911660

31. August 2016

der Stadt Rödermark

E i n l a d u n g

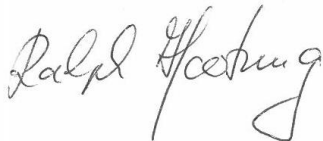
Ich lade Sie ein zu der
4. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Integration und Kultur
(Sitzung Nr. 5/2016)
am **Dienstag, 06.09.2016**, um **20:00 Uhr**.
Die Sitzung findet im **Raum Tramin (Zi.Nr. 300), Rathaus Urberach** statt.

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Projektkonzept „Willkommen in Rödermark“ -Präsentation-
- TOP 3 Jahresbericht 2015 der Integrationsbeauftragten -Anlage
- TOP 4 Jahresbericht 2015 SchillerHaus -Anlage
- TOP 5 Tätigkeitsbericht über die Beratung und Begleitung anerkannter Flüchtlinge -Anlage
- TOP 6 Berichts Antrag der FDP-Fraktion: Flüchtlinge/Asylbewerber in Rödermark
Vorlage: FDP/0161/16
- TOP 7 Berichts Antrag der FDP-Fraktion: Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden
Vorlage: FDP/0162/16
- TOP 8 Kommission "Internationale Partnerschaften"
(Stavo TOP 11) hier: Wahl der Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: VO/0189/16

- TOP 9 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen/Andere Liste:
(Stavo TOP 18) Durchführung eines Stadtevent mit Einbeziehung der lokalen Gastronomie
- Prüfung
Vorlage: CAL/0221/16
- TOP 10 Antrag der Fraktion der Freien Wähler: Ärztliche Versorgung in Rödermark
(Stavo TOP 20) Vorlage: FWR/0223/16
- TOP 11 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 12 Mitteilungen und Anfragen

Mit freundlichen Grüßen



Ralph Hartung
Ausschussvorsitzender

F. d. R.



Gregor Wade
Schriftführer

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR.:

	<p>Datum: 20.06.2016</p> <p>Antragsteller: FDP-Fraktion</p> <p>Verfasser/in: <i>Dr. Rüdiger Werner</i> <i>Stephan Menzel</i></p>						
Antrag der FDP-Fraktion: Flüchtlinge/Asylbewerber in Rödermark (Berichtsantrag)							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"><thead><tr><th>Datum</th><th>Gremium</th></tr></thead><tbody><tr><td>30.06.2016</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>06.09.2016</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr></tbody></table>		Datum	Gremium	30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
Datum	Gremium						
30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss						
06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur						

Sachverhalt/Begründung:

Armut und Perspektivlosigkeit in Afrika und Teilen Asiens, Unterdrückung, Bedrohung von Minderheiten und vor allem Bürgerkriege treiben immer mehr Menschen in die Flucht. Spätestens 2015 hat diese Problematik auch Rödermark voll erreicht. Im Nachhinein sehr unglückliche Aussagen und Handlungen der Regierungsspitze haben Deutschland zu einem der Hauptaufnehmerländer der weltweiten Flüchtlingsströme gemacht, die mit einer Zahl und Geschwindigkeit ins Land kamen, welche die staatlichen Stellen schlichtweg überforderte. Besonders der Kreis Offenbach hat es sich aus Sicht der FDP-Fraktion sehr einfach gemacht, in dem er sich weitestgehend aus der Verantwortung stahl und die Hauptlasten auf die Kommunen abschob. Es musste sehr schnell für sehr viele Personen Platz geschaffen werden, die Zuteilung verlief chaotisch, es wurden zwangsläufig Fehler gemacht und am Ende gab es wenige Gewinner und viele Verlierer. Durch die Schließung der Hauptzuzugsroute hat die Zahl der Neuankömmlinge aktuell deutlich abgenommen. Dies gibt allen Beteiligten die dringend benötigte Zeit zum Durchatmen und zum Reflektieren. Es ist aus Sicht der FDP-Fraktion daher jetzt der richtige Zeitpunkt, Fragen zu stellen zu den verschiedenen Gesichtspunkten des Themenkomplexes und daraus ableitend sich strategische Gedanken für die mittlere Zukunft zu machen.

Ziel der Fragen ist es, zu erkennen:

- a) welche finanziellen Belastungen Rödermark dadurch entstanden sind bzw. in den kommenden Jahren entstehen werden und inwieweit diese unseren Entschuldungspfad gefährden,
- b) welche Integrationsmaßnahmen in Zukunft noch in die Wege geleitet werden müssten, ob wir als Stadt dazu in der Lage sind und welche weiteren Vorkehrungen zu treffen sind,
- c) wo die Stadt die vielen ehrenamtlichen Helfer bei ihrer unschätzbar wichtigen Arbeit besser unterstützen kann als das heute der Fall ist, und wo es

insgesamt erkennbare Defizite bei der Versorgung und/oder Integration der Asylsuchenden gibt.

Über Teilaspekte hat der Magistrat in den vergangenen Monaten fortwährend-anlassbezogen informiert. Keinesfalls konnten in diesem Rahmen aber alle Aspekte rund um das Thema erschöpfend beleuchtet werden.

Da es sich hier um eines der wesentlichen Themen der Zukunft handelt, dass über Jahre hinaus das städtische Handeln mitbestimmen wird, ist es wichtig und elementar notwendig, nicht mehr nur kurzfristig zu reagieren, sondern vorausschauend zu planen und agieren. Dieser umfassende Berichts Antrag soll allen Beteiligten, Stadt wie auch den Fraktionen, helfen, die Dinge erkennen und umfassend bewerten zu können, um die Weichen für die Zukunft stellen zu können. Die antragstellende Fraktion geht davon aus, dass die Stadt sich bereits intern intensiv mit dem Thema beschäftigt hat und die Antworten auf die meisten der gestellten Fragen bereits vorliegen und damit keinen hohen Verwaltungsaufwand erfordern. Falls dem nicht so sein sollte, ist es umso wichtiger, dass die Fragen schnellstmöglich beantwortet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, zu folgenden Fragestellungen erschöpfend zu berichten:

Themenkomplex A: Personenkreis

- A1) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber wurden jeweils 2014, 2015 und 2016 (bis 1.6.) Rödermark zugeteilt?
- A2) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden wurde, sind aktuell in Rödermark registriert?
- A3) Wie viele anerkannte Flüchtlinge/Asylbewerber aus diesen 2 1/2 Jahren halten sich aktuell noch in Rödermark auf?
Wie viele haben seit Ihrer Anerkennung Rödermark verlassen? Wie hoch ist die Bleibequote?
- A4) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde, sind aktuell noch in Rödermark registriert?
- A5) Welche Informationen über neu ankommende Flüchtlinge erhält die Stadt vom Land und vom Kreis?
Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber ohne Pass/Papiere sind in Rödermark untergebracht?
- A6) Welche Nationalitäten haben die Flüchtlinge/Asylbewerber aus Frage A2?
- A7) Wie ist die Altersstruktur der Flüchtlingen aus Frage A2 ?
Wie viele der Flüchtlinge/Asylbewerber sind jünger als 6 Jahre?
Wie viele sind im schulpflichtigen Alter?
Wie viele sind zwischen 15 und 25 Jahre alt?
Wie viele sind zwischen 25 und 40 Jahre alt?
Wie viele zwischen 40 und 65 Jahre?
Wie viele sind bereits im Rentenalter?
- A8) Wie ist die Geschlechterstruktur der Flüchtlinge?
Wie viele alleinreisende junge Männer sind in Rödermark registriert?
Bei wie vielen Flüchtlinge/Asylbewerber ist mittelfristig ein Familiennachzug zu erwarten?

Themenkomplex B: Gebäude

- B1) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A2 und A3 sind in städtischen Gebäuden untergebracht?
Gibt es in diesen städtischen Gebäuden aktuell freie Kapazitäten?
- B2) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A2 sind in von der Stadt angemieteten Gebäuden untergebracht?
Gibt es in diesen angemieteten Gebäuden aktuell freie Kapazitäten?
- B3) Hat auch der Kreis in Rödermark Gebäude angemietet?
Wenn ja, wie viele Plätze stehen hier zur Verfügung?
Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber sind aktuell dort untergebracht?
- B4) Welche Gebäude mit welchen Kapazitäten wurden von der Stadt Rödermark zwecks Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern für welchen Zeitraum unter welchen Konditionen angemietet?
- B5) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A3 sind in von der Stadt angemieteten Gebäuden untergebracht?
- B6) Nach der Anerkennung müssen die Personen nach einer Übergangszeit die Flüchtlings-/Asylbewerber-unterkunft verlassen und auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe finden, die vom Kreis nach SGB II/SGB XII bezahlt wird: Gibt es praktisch (d.h. Wohnung steht kurzfristig zur Verfügung) bzw. theoretisch (Wohnung hat zurzeit einen anderen Verwendungszweck) Wohnungen im städtischen Besitz, die für so eine Belegung geeignet wären?
- B7) Unter Betrachtung der bisherigen Anerkennungsrate und der hypothetischen Annahme, dass keine neuen Flüchtlinge/Asylbewerber mehr nach Rödermark kommen: wie viele Wohnungen müssten für die aktuell in Rödermark wohnenden Flüchtlinge/Asylbewerber insgesamt zur Verfügung stehen?

Themenkomplex C: Finanzen

- C1) Wie hoch waren die Kosten im Jahr 2015, die die Stadt Rödermark für die Unterbringung der Flüchtlinge aufbringen musste (durchlaufende Kosten: Gebäude, Verpflegung)?
- C2) Wie hoch waren die Bundes- und Landesmittel, die der Kreis bisher dafür an die Stadt weitergeleitet hat?
- C3) Auf welche Summe beliefen sich im Jahr 2015 in etwa die internen Kosten (vor allem Personalkosten und allgemeine Verwaltungskosten), die zur Bewältigung der Aufgaben nötig waren?
- C4) Der Kreis Offenbach hat zur Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ Sonderzuteilungen vom Land erhalten, von denen er per Beschluss 1,5 Mill. € an die Kommunen weiterreichen will:
Wie hoch ist die für Rödermark vorgesehene Summe?
Ist von diesem Geld schon etwas in Rödermark angekommen?
Für was sollen diese Mittel verwendet werden?
Wurden bereits Mittel verwendet?
- C5) Maßnahmen zur Integration müssen langfristig angelegt sein, um Erfolg zu haben:
Ist es schon irgendwie abschätzbar, wie hoch die jährlichen Kosten für Integrationsmaßnahmen (von Sprachkursen über Fort- und Weiterbildungen bis hin zu Vergünstigungen) pro 100 Flüchtlinge/Asylbewerber sein könnten?
Wer bezahlt die Integrationsmaßnahmen?
Werden diese in vollem Umfang von Bund und Land übernommen oder bleiben Teile der Kosten an den Kommunen hängen?

- C6) Wie viele der in Punkt A7 genannten Kinder bis 6 Jahre besuchen bereits einen U3-Gruppe/eine Kita?
Zählen diese Kinder als Integrationskinder, die eine besondere Betreuung bedürfen und daher die Gruppengrößen reduzieren? Wenn ja: wie viele Plätze werden durch Kinder von Asylbewerbern/Asyl-berechtigten belegt?
Wenn 100 % der Altersgruppe städtische Betreuungseinrichtungen besuchen würden, wie hoch wären die jährlichen Mehrkosten für den FB 4 auf Basis der Zahlen vom 1. Juni 2016?
- C7) Wie viele der in Punkt A7 genannten schulpflichtigen Kinder besucht aktuell eine Schule? Wie viele besuchen jeweils die Trinkbornschule, die Schule an den Linden und die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule?
Nutzen einige dieser Kinder aktuell die städtische Schulkindbetreuung? Wenn ja wie viele?
Wie hoch wären die daraus entstehenden jährlichen Mehrkosten für den FB 4 auf Basis der Zahlen vom 1. Juni 2016?
- C8) In einigen von der Stadt angemieteten Objekten wurden Mindestbelegungsquoten vereinbart. Da es bisher vom Kreis aus Bundes- und Landesmitteln nur Kopfpauschalen gibt und keine Bereitstellungs-pauschalen, ist bei einer Zahl von Neuankömmlingen wie in den letzten 3 Monaten damit zu rechnen, dass die angemieteten Objekte nur teilweise oder gar nicht belegt werden können, die auf Basis der Mindestbelegung vereinbarten Mieten aber voll gezahlt werden müssen.
Ist es richtig, dass diese Kosten bei der momentanen Sachlage zu 100 % bei der Stadt hängen bleiben?
Was wären die maximalen Belastungen, die der Stadt dadurch entstehen könnten (Worst-Case-Szenario: 0%-Belegung während der ganzen Vertragslaufzeit, kein Nachlass der Vermieter, keine Sonderprogramme von Bund, Land und Kreis)?
Welche Optionen sieht die Stadt, diese denkbaren Belastungen zu reduzieren (Nutzungsänderungen, Ende der Belegung städtischer Einrichtungen zugunsten der angemieteten, sonstige)?
- C9) Da auch der Kreis sich selbst am nächsten ist, ist damit zu rechnen, dass neuankommende Flüchtlinge/Asylbewerber zuerst in kreiseigene Einrichtungen eingewiesen werden, bevor sie weiter an die Kommunen verteilt werden. Die Zuteilung nach Rödermark in naher Zukunft dürfte also unterdurchschnittlich sein. Nun gibt es Kommunen, die in den letzten Monaten wenig bis nichts getan haben, um weitere Plätze für Neuankömmlinge zu schaffen, und es gibt Kommunen, die noch größere Objekte angemietet haben (wie Rödermark) oder gar in Eigenregie neu gebaut haben:
Wird die Stadt sich einer Forderung nach einer Sozialisierung der Kosten anschließen (indem z.B. aktiv in den zuständigen Gremien eine Reduzierung der Kopfpauschale und die Einführung einer Platzbereitstellungspauschale gefordert wird, über die die bei der Kopfpauschale eingesparten Mittel verteilt werden)?

Themenkomplex D: Integration

- D1) Reicht das vorhandene städtische Personal, um die besonders wichtige Integrationsleistung in den städtischen U3-Gruppen/Kitas aufbringen zu können?
Gibt es erste Erfahrungen über die Integrationsfähigkeit/-willigkeit der Kinder?
Welche Personal- und Sachleistungen in den Kitas wären nötig, um die Betreuung/Integration der betroffenen Kinder zu optimieren?

- D2) Welches zusätzliche Personal (zu den Lehrern) steht den Schulen zur Verfügung, um die betroffenen schulpflichtigen Kinder in den Schulen zu betreuen? Wer bezahlt dieses Personal aktuell? Gibt es vorgeschaltete Sprachkurse, die den Kindern zumindest einen Einstieg ermöglichen? Mit welchen Methoden versucht man, den in der Regel vorhandenen Bildungsrückstand altersgerecht aufzuholen? Gibt es an irgendeiner Stelle psychologische Hilfe für traumatisierte Kinder bzw. Kinder, die mit der Situation völlig überfordert sind? Wer käme hierfür auf? Gibt es erste Erfahrungen über die Integrationsfähigkeit/-willigkeit der Kinder? Welche Personal- und Sachleistungen in den Schulen wären nötig, um die Betreuung/Integration der betroffenen Kinder zu optimieren?
- D3) Gibt es in Rödermark genügend Deutschkurse für Jugendliche und Jungerwachsene und wer trägt deren Kosten? Welche weiteren Bildungsangebote für diese Altersgruppe gibt es in Rödermark aktuell und wer kommt für die Kosten dafür auf? Gibt es öffentliche Qualifikationsangebote, um die zur Annahme einer Lehrstelle oft fehlenden Qualifikationen nachzuholen? Wer würde deren Kosten tragen? Welche Angebote gibt es seitens der Wirtschaftsförderung und der Rödermärker Unternehmen?
- D4) Gibt es im Sinne der Teilhabe schon heute Vergünstigungen für Flüchtlinge/Asylbewerber/Personen mit Bleiberecht in Rödermark (Freie oder vergünstigte Eintritte, teilweise oder komplette Übernahme von ÖPNV-Tickets, vergünstigte oder kostenfreie Vereinsmitgliedschaften?)
- D5) Wie viele städtische Angestellte sind mit jeweils wie viel ihrer Arbeitszeit mit der Betreuung von Flüchtlingen/Asylbewerbern betraut? Wie viele Monatsstunden davon betreffen die allgemeine Betreuung/Unterbringung/Versorgung/Bürokratie und wie viele Monatsstunden die Integrationsarbeit? Ist das vorhandene Zeit-Personal-Budget ausreichend? Falls nein: In welchem Bereich gibt es Engpässe? Welche Aufgaben können mangels Personal nur ungenügend oder gar nicht erfüllt werden?
- D6) Ist es richtig, dass der Respekt einiger Flüchtlinge/Asylbewerber gegenüber den sie betreuenden Personen (egal, ob staatlich oder ehrenamtlich) so stark nachgelassen hat, dass die für Rödermark zuständige Betreuerin des Kreises (namentlich Frau Putz-Weller) sich mittlerweile weigert, in die Unterkünfte zu gehen, so dass die zu betreuenden Personen ins Kreishaus kommen müssen, wenn etwas zu besprechen ist? Ist es richtig, dass auch weibliche Polizeibeamte schon beleidigt und bedroht wurden, sodass diese mittlerweile bei Einsätzen in Unterkünften nicht mehr eingesetzt werden? Was wurde von Seiten der Stadt diesbezüglich unternommen? Welche integrativen Maßnahmen könnten aus Sicht des Magistrates die Situation wieder entspannen?

Themenkomplex E: Ehrenamtliche Helfer

- E1) Welche ehrenamtlichen Vereine und Gruppierungen sind an der Betreuung der Neuankömmlinge und deren Integration beteiligt?
- E2) Wie läuft die Verzahnung und Abstimmung zwischen ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern der Stadt und des Kreises in der Praxis ab? Wer koordiniert die Arbeit der Ehrenamtlichen?
- E3) Wie läuft der Informationsfluss von der Stadt/des Landkreises zu den ehrenamtlichen Helfern?

- Wie oft werden diese von wem über für ihre ehrenamtliche Arbeit wichtige Entwicklungen informiert?
Gibt es aus Sicht des Magistrates bzgl. dieses Informationsflusses Optimierungsbedarf?
- E4) Werden die ehrenamtlichen Helfer in die Entscheidungen der Stadt mit einbezogen und im Vorfeld angehört?
Gibt es Überlegungen seitens des Magistrats, wie man die Wertschätzung der Arbeit der Ehrenamtlichen besser zum Ausdruck bringen könnte?
- E5) Ist die Zahl der ehrenamtlichen Helfer weiter zunehmend, stagnierend oder abnehmend?
Sind dem Magistrat Gründe bekannt, warum manche Helfer ihre ehrenamtliche Arbeit in dieser Sache eingestellt haben?
- E6) Ist es richtig, dass bei der Ausstattung von Wohnungen für Flüchtlinge/Asylbewerber/ anerkannte Asylanten bevorzugt Neuware von der Stadt besorgt wird, obwohl die Ausstattung mit hochwertiger Gebrauchtware aus der Bevölkerung prinzipiell möglich wäre?
Welche Maßnahmen wären nötig, um hier Kosten zu sparen und diesen Punkt, der in der Bevölkerung auf großes Unverständnis stößt, zu ändern?
- E7) Werden die ehrenamtlichen Helfer von den Behörden hinreichend gegen Belästigungen, Anfeindungen und Bedrohungen seitens mancher Flüchtlinge/Asylbewerber geschützt?
Liegen dem Magistrat Kenntnisse über diesbezügliche Vorfälle in Rödermark vor?
Welche Möglichkeiten hat die Stadt, sich gegen auffällig gewordene Flüchtlinge/Asylbewerber zur Wehr zu setzen?

Themenkomplex F: Zusammenspiel Stadt – Kreis – Land

- F1) Mit welchem Vorlauf wurde die Unterbringung von Flüchtlingen der Stadt Rödermark durch den Landkreis Offenbach angekündigt bzw. wird aktuell angekündigt?
- F2) Sieht sich der Magistrat der Stadt Rödermark mit Blick auf die finanziellen und soziologischen Auswirkungen der Aufnahme/Betreuung und Integration der Flüchtlinge/Asylbewerber durch den Landkreis Offenbach und das Land Hessen hinreichend unterstützt?
- F3) Welchen Handlungs- und Unterstützungsbedarf sieht der Magistrat der Stadt bezüglich vorgenannter Gebietskörperschaften aktuell?
Wo läge hier aus Sicht des Magistrats die höchste Priorität?
- F4) Welche Maßnahmen wurden bereits initiiert/eingeleitet und abgearbeitet, um notwendige Hilfestellung bei der Bewältigung der Flüchtlingsthematik zu erhalten?
- F5) Welche weiteren Maßnahmen/Aktionen und welche weiterführenden Kommunikationsanstrengungen werden von Seiten des Magistrats beabsichtigt, um die Verantwortlichkeit des Bundes, des Landes und des Landkreises Offenbach deutlich zu adressieren und Hilfestellung finanzieller und lebenspraktischer Natur zu erhalten?

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR.:

	<p>Datum: 20.06.2016</p> <p>Antragsteller: FDP-Fraktion</p> <p>Verfasser/in: <i>Dr. Rüdiger Werner</i> <i>Christian-David Bombelka</i></p>						
Antrag der FDP-Fraktion: Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden (Berichtsantrag)							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"><thead><tr><th>Datum</th><th>Gremium</th></tr></thead><tbody><tr><td>30.06.2016</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>06.09.2016</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr></tbody></table>		Datum	Gremium	30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
Datum	Gremium						
30.06.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss						
06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur						

Sachverhalt/Begründung:

Zu Beginn des Jahres 2015 teilte der Förderverein der Schule an den Linden mit, dass er zum Schuljahresende 2014/15 aus der Schulkindbetreuung ausscheiden wird. Bis dato hatte der Förderverein die komplette Schulkindbetreuung auf dem Schulgelände unter seiner Verantwortung, die Stadt musste lediglich für die Hortbetreuung in der benachbarten Kita Pestalozzistraße aufkommen. Gleichzeitig wurde klar, dass die Versorgung der Betreuungskinder mit Mittagessen mittelfristig nur zu gewährleisten ist, wenn auch auf dem Gelände der Schule an den Linden eine Mensa errichtet wird. Nach Vorarbeiten durch die Verwaltung und den Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung schließlich am 23. Juni 2015 zwei Beschlüsse gefasst, die die Schulkindbetreuung an der Schule sichern und neu ordnen sollten. Zum einen soll auf dem kreiseigenen Schulgelände auf Kosten der Stadt Rödermark eine Mensa gebaut werden. Es wurde eine Nutzungsvereinbarung mit dem Kreis Offenbach über eine Laufzeit von 25 Jahren (mit Verlängerungsoption um jeweils 5 Jahre) geschlossen. Die im Beschlussvorschlag genannten geschätzten Baukosten betragen 1.275.000,00 €. Durch vorsorglich beschlossene Umschichtungen im Haushalt stehen dafür 1,3 Millionen € bereit. Angestrebt war die Errichtung des Gebäudes in Modulbauweise (Ausführung ggf. über Generalunternehmer). Anvisierter Baubeginn war Ende des Jahres 2015 mit einer Fertigstellung spätestens Ende 2016. Zum anderen hat sich die Stadtverordnetenversammlung dafür ausgesprochen, dass eine noch zu gründende gGmbH des Kreises gegebenenfalls die Schulkindbetreuung im Stadtteil Urberach übernimmt. Der Magistrat wurde aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Kreis Offenbach und mit anderen zuständigen Stellen zu treten, um eine solche Lösung für die Schulkindbetreuung in Urberach zu realisieren. Sollte keine Lösung für das Schuljahr 2015/16 zu erzielen sein, sollte die Stadt Rödermark selbst einspringen. Die entsprechenden Vorbereitungen waren zu treffen. Perspektivisch sei eine Schulkindbetreuung an einer Ganztagschule mit Pakt für den Nachmittag anzustreben.

Seit diesen Beschlüssen ist einiges passiert, was mittelbaren und unmittelbaren Einfluss auf die Durchführung der Beschlüsse hat.

- Die Flüchtlingsströme ab Herbst 2015 und die damit verbundene Raumknappheit hat die Preise für modulare Räume stark anziehen lassen, es waren zeitweise überhaupt keine Module mehr im Markt erhältlich.
- Es gab einen vorläufigen Wechsel in der Schulleitung der Schule. Die neue Schulleitung ist gegenüber der Stadt und dem Thema Ganztagsbetreuung deutlich aufgeschlossener als die alte.
- Die Schule – namentlich deren Gesamtkonferenz – hat sich zwar erstmalig für eine Beantragung zur Entwicklung zur Ganztagschule entschieden, allerdings wurde ein Antrag zur Aufnahme in den Pakt für den Nachmittag abgelehnt und stattdessen ein Antrag zur Aufnahme in die alte Stufe 2 gestellt.
- Die gGmbH des Kreises wurde gegründet, darüber hinaus stehen im Kreis allerdings keine Haushaltsmittel für Schulkindbetreuung zur Verfügung.
Ausdruck

Kenntnisstand der FDP-Fraktion ist, dass die gGmbH des Kreises die Nachmittagsbetreuung nur übernehmen kann, wenn die Schule am Pakt für den Nachmittag teilnimmt und somit Landesgelder zugeteilt bekommt. Kenntnisstand ist auch, dass die Landesregierung insbesondere bei Grundschulen ausschließlich ihren Pakt für den Nachmittag fördert und ein Antrag zur Aufnahme in die alte Stufe 2 damit faktisch chancenlos ist.

Fakt ist: seit den Beschlüssen vor einem Jahr ist auf dem Schulgelände baulich nichts geschehen. Fakt ist auch, dass der Magistrat seitdem nicht über den Sachstand berichtet hat. Mit diesem Berichtsantrag soll der aktuelle Sachstand aufgezeigt und die finanziellen Auswirkungen des Projektes für die Stadt Rödermark deutlich gemacht werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, über folgende Punkte im Zusammenhang mit der Sicherung der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden berichten:

1. Wie haben sich die geschätzten Kosten für die Errichtung einer Mensa seit dem Beschluss geändert? Ist der Kostenrahmen noch zu halten? Reichen die bereitgestellten Haushaltsmittel aktuell noch aus?
2. Ist die Gebäudeplanung baureif? Wurde bereits ein Bauantrag gestellt? Wann wird aus heutiger Sicht voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden können? Wann ist mit einer Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Gebäudes zu rechnen?
3. Haben die offensichtlichen Verzögerungen des Bauvorhabens Auswirkungen auf die Nachmittagsbetreuung a) in Bezug auf die bereitgestellten Plätze und b) in Bezug auf die Versorgung mit Mittagessen? Gibt es eine zeitliche Befristung der Genehmigung der aktuell genutzten Räume zur Bereitstellung und Einnahme der Mittagessen?
4. Sollte der Kostenrahmen (Frage 1) nicht mehr zu halten sein: welche haushälterischen Möglichkeiten zur Finanzierung der Mehrkosten gäbe es?
5. Wie viele städtische Angestellte sind in der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden aktuell eingesetzt? Wird der Personalbedarf in den nächsten Jahren eher steigen, gleich bleiben oder sinken?

6. Wie hoch waren die Kosten für die Stadt Rödermark (jeweils aufgeschlüsselt nach Personalkosten, Sachkosten, Einnahmen und Gesamtkosten) bzgl. der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden im Jahr 2014 (volle Verantwortung des Fördervereins), im Jahr 2015 (Hälfte Verantwortung Förderverein, Hälfte Verantwortung Stadt) und wie hoch werden sie voraussichtlich 2016 sein (volle Verantwortung Stadt)?
7. Welche Gespräche betreffend des „Pakt für den Nachmittag“ an Rödermärker Grundschulen haben bis dato mit welchen Vertreter/-innen der gGmbH des Kreises mit welchem Ergebnis stattgefunden? Wie ist der aktuelle Stand der Dinge diesbezüglich und welche Aufgaben übernimmt die gGmbH betreffend der Umsetzung und der dauerhafte Durchführung des „Pakt für den Nachmittag“?
8. Kann die Schulkindbetreuung überhaupt von der gGmbH des Kreises übernommen werden, wenn die Schule nicht am Pakt für den Nachmittag teilnimmt? Welche Bedingungen von Seiten der Schule müssten erfüllt sein, damit Kreis oder Land einen Teil der anfallenden Kosten übernehmen?
9. Mit welcher finanziellen Lastenverteilung ist betreffend dem „Pakt für den Nachmittag“ zwischen Stadt und Kreis (via gGmbH) zu rechnen?

VORLAGE ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

vom/der Büro des Bürgermeisters	Vorlage-Nr: VO/0189/16 AZ: I/MÖ Datum: 25.07.2016 Verfasser:
Kommission "Internationale Partnerschaften" hier: Wahl der Vertreter/innen der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	
Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
29.08.2016	Magistrat
06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

Sachverhalt/Begründung:

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 29. August den Beschluss gefasst, die Kommission „Internationale Partnerschaften“ zu bilden. Die Kommission untersteht gemäß § 72 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) dem Magistrat.

Gemäß § 72 HGO bestehen Kommissionen aus dem Bürgermeister, weiteren Mitgliedern des Magistrats, Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und aus sachkundigen Einwohnern. Die weiteren Mitglieder des Magistrats sind durch den Magistrat, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie die sachkundigen Einwohner sind durch die Stadtverordnetenversammlung zu wählen. Die sachkundigen Einwohner sollen auf Vorschlag der am Geschäftsbereich der Kommissionen besonders interessierten Berufs- und anderen Vereinigungen oder sonstigen Einrichtungen gewählt werden.

Es bietet sich an, Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, die mit den Partnerstädten Saalfelden, Tramin und Bodajk in Verbindung stehen bzw. einen Bezug zu Hekimhan haben.

Den Vorsitz in den Kommissionen führt der Bürgermeister oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Magistrats.

Als Schriftführer wird der Leiter des Büros des Bürgermeisters Herr Thomas Mörsdorf vom Fachbereich Allgemeine Angelegenheiten/Steuerungsunterstützung bestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt zu Mitgliedern der Kommission „Internationale Partnerschaften“:

a) als Vertreter/in der Stadtverordnetenversammlung

die/den Stadtverordnete/n _____ (CDU)

die/den Stadtverordnete/n _____ (AL/Die Grünen)

die/den Stadtverordnete/n _____ (SPD)

die/den Stadtverordnete/n _____ (FDP)

die/den Stadtverordnete/n _____ (FW)

b) als sachkundige Personen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

 <p>The logo features the CDU logo (a flag with stars) and the text 'CDU Fraktion Rödermark' on the left. On the right is the logo of 'Die Grünen', which consists of a stylized green tree with orange and yellow curved lines below it.</p>	<p>Datum: 29.08.2016</p> <p>Antragsteller: CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/ Die Grünen</p> <p>Verfasser/in: <i>Gerhard Schickel Michael Gensert</i></p>								
<p>Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Durchführung eines Stadtevent mit Einbeziehung der lokaler Gastronomie - Prüfung</p>									
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>06.09.2016</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr><tr><td>08.09.2016</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>20.09.2016</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur	08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>								
06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur								
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss								
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark								

Sachverhalt/Begründung:

Über alle Bevölkerungsschichten hinweg ist es ein Wunsch die Ortskerne stärker zu beleben. Dies zeigten auch die Ergebnisse aus dem Leitbildprozess.

Für eine Belebung der Ortskerne gehört nicht nur die Förderung des Einzelhandels sondern auch die Förderung der Gastronomie in Verbindung von kulturellen und musikalischen Veranstaltungen.

Solche kulturelle Veranstaltungen ziehen Publikum auch von außerhalb in die Ortskerne, bringen Umsatz für das lokale Gewerbe und sind ein probates Mittel für die Vermarktung des Standorts Rödermark.

Für die Organisation und Durchführung solcher Events unter Einbeziehung der lokalen Gastronomie gibt es professionelle Agenturen am Markt.

Eine dieser Agenturen ist die Firma Blues Agency aus Schweinfurt. Die Agentur organisiert schon seit über 20 Jahren unter dem Markennamen Honkey Tonk® in vielen Städten in der Region D, A, CH kulturelle und musikalische Veranstaltungen.

„Die Grundidee des Honky Tonk® ist die Vernetzung verschiedener Lokale einer Stadt (Clubs, Bars, Cafe’s, Restaurants, Pubs u.a.) zu einem musikalischen Stadtevent.“
(Quelle Webseite)

Bei der Vernetzung sollen wenn möglich alle gastronomischen Betriebe, bewirtschaftete Vereinslokale und auch Standorte mit Bühnen einbezogen werden. Informationen zum Konzept findet man unter www.honky-tonk.de und

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt die Möglichkeiten der Durchführung eines musikalischen Stadtevent nach der Idee von Honkey Tonk® zu prüfen. Hierzu bitten wir den Kontakt zur Agentur aufzunehmen und zu den folgenden Fragen zu berichten:

- Ist es möglich einen solchen Stadtevent nach der Idee von Honky Tonk® im Jahr 2017 zu planen und durchzuführen?
- Ist es möglich alle Ortsteile/-kerne mit einzubeziehen, eventuell durch Einsatz eines Pendelbusses zwischen den Ortsteilen?
- Welche Kosten für die Organisation und Durchführung würden zu Lasten der Stadt Rödermark gehen?
- Können anfallende Kosten eventuell durch die Veranstaltung (Eintrittsgelder) erwirtschaftet werden?

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

 <p>FREIE WÄHLER</p>	<p>Datum: 29.08.2016</p> <p>Antragsteller: Fraktion: Freie Wähler Rödermark</p> <p>Verfasser/in: <i>Peter Schröder</i></p>								
<p>Antrag der Fraktion der Freien Wähler Rödermark: Ärztliche Versorgung in Rödermark</p>									
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>06.09.2016</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur</td></tr><tr><td>08.09.2016</td><td>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</td></tr><tr><td>20.09.2016</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur	08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>								
06.09.2016	Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur								
08.09.2016	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss								
20.09.2016	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark								

Sachverhalt/Begründung:

In Rödermark haben bereits einige niedergelassene Ärzte ihre Praxen geschlossen und weitere werden möglicherweise folgen. In mindestens 2 Arztpraxen findet man heute bereits den folgenden Hinweis:

„Es werden keine neuen Patienten angenommen“.

Die Bevölkerung unserer Stadt nimmt weiter zu und auch der demographische Wandel geht nicht an uns vorbei und führt sehr wahrscheinlich dazu, dass der Bedarf an Mediziner erheblich zunehmen wird.

Es ist ein nicht wegzudiskutierendes Faktum, dass sich die ärztliche Versorgung in Rödermark zunehmend verschlechtert. Die ärztliche Grundversorgung, ebenso wie die fachärztliche Abdeckung, insbesondere für Senioren in und außerhalb von Wohnanlagen und Heimen, muss verbessert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Zu prüfen, welche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, damit die Ansiedlung von neuen Ärzten und die Erhaltung bestehender Arztpraxen gefördert bzw. erleichtert wird.
2. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung eine Stellungnahme zur ärztlichen und fachärztlichen Versorgung in Rödermark anzufordern. Der aktuelle Stand und der zu erwartende Bedarf soll in diesem Bericht Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung: